

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Saibold und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/3717 —

Ernährungsbericht 1988

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat mit Schreiben vom 27. Dezember 1988 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Aus welchen Gründen verzögerte sich die Veröffentlichung des Ernährungsberichtes 1988 bis zum 2. Dezember 1988, und bis zu welchem Zeitpunkt ist mit der Veröffentlichung des Materialbandes zu rechnen?

Der Hauptband des Ernährungsberichtes ist wie vorgesehen im Jahr 1988 erschienen. Die zunächst für den 10. November geplante Übergabe des Berichtes durch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) mußte aufgrund drucktechnischer Schwierigkeiten und aus Termingründen auf den 2. Dezember verlegt werden.

Mit der Veröffentlichung des Materialbandes ist voraussichtlich im Mai 1989 zu rechnen.

2. Im Schreiben vom 2. August 1988 an die Mitglieder des Kuratoriums der DGE wurde angekündigt, daß am Nachmittag des offiziellen Übergabetermins die nächste Sitzung des Kuratoriums mit Vorstellung und Diskussion des Ernährungsberichtes 1988 stattfinden wird. Dazu wurde ferner mitgeteilt:

„Den Ernährungsbericht selbst werden wir Ihnen kurz vor der Sitzung zusenden, so daß Sie noch die Möglichkeit haben werden, die Sie besonders interessierenden Teile vor der Sitzung zu lesen.“

In dem Schreiben vom 29. November 1988 der DGE an das Kuratoriumsmitglied Frau Saibold, MdB, wird mitgeteilt, daß das BMJFFG die Zustimmung für eine Vorabübersendung des Ernährungsberichtes verweigert hat. Dadurch wurde Frau Saibold in ihrer Arbeit entscheidend behindert, da sie bei der am Nachmittag des 2. Dezember 1988 stattfindenden Kuratoriumssitzung nicht in der Lage war, die anwesenden Kapitelverfasser konkret zu befragen.

Auf welcher Grundlage kam die Verweigerung der Zustimmung des Gesundheitsministeriums zustande?

Die Ernährungsberichte werden von der DGE im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erstellt. Eine Vorabübersendung an Dritte vor der Übergabe an die Auftraggeber und vor der offiziellen öffentlichen Vorstellung ist allgemein nicht üblich und entspricht nicht der in derartigen Fällen von der Bundesregierung geübten Praxis.

Kuratoriumssitzungen, in denen ein neuer Ernährungsbericht vorgestellt und diskutiert werden soll, sollten in genügendem zeitlichen Abstand vom Übergabetermin anberaumt werden. Eine entsprechende Bitte ist an das Präsidium der DGE gerichtet worden.

3. Wie erfolgte die Finanzierung des Ernährungsberichtes (Anteile BMJFFG und BML), und welche Gesamtkosten verursachte dieser Ernährungsbericht?

Die Kosten für die redaktionelle Bearbeitung und den Druck des Ernährungsberichtes 1988 einschließlich des noch nicht erschienenen Materialbandes werden im Rahmen der vom BMJFFG bewilligten institutionellen Förderung aus den bei Kapitel 15 02 Titel 684 04 veranschlagten Haushaltsmitteln finanziert; sie werden sich voraussichtlich auf 185 450 DM belaufen.

Forschungsvorhaben, die zur Erstellung des Ernährungsberichtes durchgeführt wurden, sind vom BMJFFG mit ca. 580 000 DM und vom BML mit ca. 158 000 DM finanziert worden.

In den Ernährungsbericht sind ebenfalls Ergebnisse von Forschungsvorhaben eingeflossen, die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie unabhängig vom Ernährungsbericht 1988 im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ mit einem Kostenvolumen von ca. 14 Mio. DM gefördert wurden.

4. In welcher Höhe erhielt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in den Jahren 1984 bis 1988 Mittel aus dem Bundeshaushalt, und wie hoch war der Gesamtetat der Gesellschaft in dieser Zeit?

Die Bundeszuwendungen und der Gesamtetat der Deutschen Gesellschaft für Ernährung hatten in den Jahren 1984 bis 1988 folgenden Umfang:

Bundeszuwendungen

Jahr	institutionell DM	projektbezogen DM	insgesamt DM	sonstige Einnahmen DM	Gesamtetat DM
1984	2 139 800	408 014	2 547 814	2 357 716	4 905 530
1985	2 170 355	364 819	2 535 174	2 431 199	4 966 373
1986	2 324 424	414 424	2 738 848	2 453 134	5 191 982
1987	2 230 000	393 612	2 623 612	2 517 388	5 141 000
1988	2 502 800	367 000	2 869 800	2 420 100	5 289 900

5. In welcher Form erfolgte die Restfinanzierung der DGE, und gegebenenfalls durch welche Art der Eigeneinnahmen trug die DGE zur Deckung bei?

Die Restfinanzierung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfolgte durch

1. Zuwendungen von bestimmten Bundesländern, in denen Ernährungsberatungsdienste der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eingerichtet sind, sowie anderen Einrichtungen und
2. Eigeneinnahmen aus
 - a) dem Verkauf von Büchern, Broschüren und anderem Informationsmaterial,
 - b) der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Lehrgängen, Tagungen und Beratungen,
 - c) Mitgliedsbeiträgen und
 - d) Spenden (Aufkommen in den Jahren 1986 und 1987 jeweils unter 2 000 DM).

6. Wie bewertet die Bundesregierung die enge personelle Verknüpfung des Präsidiums der DGE mit dem Interessenverband der deutschen Ernährungsindustrie, dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde bzw. dessen Wissenschaftlichen Beirates?

Die Mitgliedschaft im „Wissenschaftlichen Beirat“ des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL) ist ehrenamtlich; die 31 Mitglieder des Beirates kommen einmal jährlich zu einem halbtägigen Symposium zusammen. Sitzungsgemäß entscheidet das Kuratorium des BLL über die Billigung oder Ablehnung der Arbeitsergebnisse des Wissenschaftlichen Beirates. Dem letztlich entscheidenden Kuratorium gehört kein Mitglied des Präsidiums der DGE an.

Mitglieder des „Wissenschaftlichen Beirates“ des BLL sind folgende Mitglieder des Präsidiums der DGE: Professoren Dr. Hötzel, Dr. Kübler, Dr. Menden, Dr. Paulus, Dr. Schlierf.

Aufgrund dieser Sachlage sieht die Bundesregierung die Unabhängigkeit der DGE gewahrt.

7. a) Welche Wissenschaftler/innen, die am Ernährungsbericht 1988 mitgearbeitet haben, sind in beratender oder ähnlicher Funktion mit den Interessenvertretungen des Lebensmittelhandels und der Ernährungsindustrie tätig?
- b) Welche Wissenschaftler/innen sind im Wissenschaftlichen Beirat des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) vertreten?

Zu a)

Am Ernährungsbericht 1988 haben insgesamt 63 Wissenschaftler/innen mitgearbeitet; zehn davon gehören dem Präsidium der DGE an. Herr Prof. Dr. Paulus wechselte am 1. November 1987 von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung als Wissenschaftlicher Leiter zum BLL; er schied aus dem Amt eines Vizepräsidenten der DGE aus. Beratende oder ähnliche Funktionen in den Interessenvertretungen des Lebensmittelhandels und der Ernährungsindustrie sind von den anderen Autoren – mit Ausnahme der unter Frage 7 b) genannten – nicht bekannt.

Zu b)

Außer den unter Frage 6 genannten Mitgliedern des Präsidiums der DGE gehören von den Wissenschaftlern/innen, die am Ernährungsbericht 1988 mitgearbeitet haben, die Professoren Dr. Siebert, Dr. Sinell und Dr. Zucker dem „Wissenschaftlichen Beirat“ des BLL an.

8. Wird sich das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit für die Aufnahme eines Kapitels „Möglichkeiten und Auswirkungen der industriellen Be- und Verarbeitung von Lebensmitteln“ im Ernährungsbericht 1992 einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Inhalt und Umfang des Ernährungsberichtes 1992 werden z. Z. geplant. Die in der Frage genannten Themen werden ebenfalls geprüft.

9. Wieviel Mittel werden
 - a) für die Erstellung einer Kurzfassung des Ernährungsberichtes 1988 bereitgestellt,
 - b) zur Erarbeitung von handlungsorientiertem Beratungsmaterial für die Ernährungsberatung in den Verbraucherzentralen durch welche Institutionen bereitgestellt?

Zu a)

Für die Erstellung der Kurzfassung des Ernährungsberichtes 1988 sind 156 000 DM veranschlagt.

Zu b)

Für die Verbraucheraufklärung im Ernährungsbereich sind im Einzelplan 10 (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) für 1989 3,872 Mio. DM vorgesehen, die im wesentlichen der Projektförderung in den Verbraucherzentralen zufließen.

